

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 55. Für unerlangt eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 54

Donnerstag, den 6. März 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Nationalversammlung hat das Sozialistengesetz angenommen.

In Berlin ist der Generalstreik noch nicht beendet. Es kam auch gestern zu Ausschreitungen, die durch die Regimentsgruppen niedergelämpft wurden. In Halle liegt wieder Ordnung ein, in Erfurt ist der Streik beendet, in Leipzig dauert er noch an.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente soll nach schleuniger Vervollständigung der deutschen Handelsflotte erfolgen.

Präsident Wilson ist von Amerika nach Frankreich abgereist.

Die neue Krise.

D.P.K. Der Ausgang der neuen Krise, die Deutschland zur Zeit durchmacht, ist noch völlig ungewiss. In Berlin herrscht Unruhe. In Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet ist die Ruhe ebenfalls noch nicht wieder hergestellt, und in München endlich hat sich ein neues Ministerium gegründet, dem jede Legitimation zur Ausübung seiner usurpierten Rechte fehlt.

Was soll geschehen? Die Reichsregierung hat sich in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gewandt, in dem die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung im Bergbau und in der Industrie der Erzeugung von Energie angekündigt wird. In der Nationalversammlung hat die Fraktion der Mehrheitssozialisten einen Antrag eingebracht, in dem erklärt wird, die Ueberführung der Bergwerke und der Erzeugung der Energie in öffentliche Betriebe mit möglichst beschleunigter Durchführung und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen.

Wir haben bereits ausgeführt, daß im neuen Deutschland ein neues Wirtschafts- und Sozialrecht eingeführt werden muß. Es ist zu bedauern, daß im Verfassungsentwurf hierüber gar nichts gesagt ist. Es muß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß das Verzeichnis von der Nationalversammlung nachgeholt wird. Die Ausführungen der demokratischen Redner bei der Verfassungsberatung in der Nationalversammlung gingen durchaus in dieser Richtung. Was also an billigen Forderungen seitens der deutschen Arbeiterschaft an die Nationalversammlung gestellt werden wird, das wird Erfüllung finden. Utopische Forderungen freilich, die unser Wirtschaftsleben völlig in den Abgrund führen müssen, sind unter allen Umständen abzulehnen. Hier wäre jede unangebrachte Nachgiebigkeit von größtem Schaden.

Ebenso muß der Gedanke der Demokratie vor jeder Verdrängung geschützt werden. Das Recht zur Gesetzgebung im Reich liegt ausschließlich bei der souveränen deutschen Nationalversammlung, in den Einzelstaaten bei den dortigen Landesparlamenten. Unter keinen Umständen darf sich die preussische Landesversammlung das ihr vom preussischen Volke verliehene Mandat rauben lassen, ebensowenig wie sich der bayerische Landtag der Deklaration des Münchener Kabinetts beugen darf.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, die Berliner Organisationen der Sozialdemokratie, alle wenden sie sich in energischen Worten gegen die Tyrannei und gegen den Terrorismus. Das ist gut so und das ist recht so! Es gibt eine Grenze, über die hinaus kein Kompromiß führen darf. Die Rettung Deutschlands liegt allein bei der Demokratie. Würde sie von ihren eigenen Anhängern eines Tages verraten, so wäre das politische und wirtschaftliche Unheil unabsehbar. Am Ende aber der blutigen Wirren stünde die Reaktion, die Wiederaufrichtung des alten Regimes.

Nationalversammlung.

Wilmars, 5. März. Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialistengesetzes und ein Gesetzentwurf betreffend Regelung der Kohlenwirtschaft. Die Interpellation Arnstädt und Gen. (D.-N.) betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe wird abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird. Es folgt die Interpellation Arnstädt und Gen. (D.-N.) betreffend

Die Zustände in der Provinz Posen.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Frau Abg. Dr. Schirmacher (Deutsch. Op.): Die Not der Ostmark ist noch größer, als die der Westmark, denn in der Ostmark ist heute noch Krieg. Die Polen haben trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Die Deutschen sind durch das Abkommen auf die Abwehr beschränkt. Unser Volk — ich spreche da nicht für eine Partei, sondern ich spreche für unser ganzes Volk — will verteidigt sein von unserer Regierung. (Lebhafter Beifall rechts.) Auf der ganzen Demarkationslinie ist die deutsche Bevölkerung in Angst und Not. Zehntausende sind aus dem Kampfgebiet geflüchtet. Ihre ganze Habe haben sie zurücklassen müssen. In den von den Polen besetzten Gebieten besteht keine deutsche Verwaltung mehr. Die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt, deutsche Straßennamen und Wegweiser werden polnisch gemacht und da beginnt jetzt eine Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die man vor dem Kriege auf ungefähr 200 000 schätzte. Diese Leute sollen jetzt in die Ostmark zurück, um das polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung beweisen zu können, wie stark Polnisch-Polen ist. (Hört! Hört!) Nachdem die Rednerin die Not der Deutschen in den Ostgebieten im einzelnen geschildert hat, erklärt

Reichsminister Erzberger:

Es ist mit General Dupont verabredet, daß nicht allein die Feindseligkeiten aufhören sollen, sondern daß Offiziere beider Parteien, für die deutsche Heeresverwaltung deutsche Offiziere, abgesetzt werden, um Verhandlungen der im Waffenstillstand angenommenen Demarkationslinie zu verhindern. Die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie ist Gegenstand der besonderen Beachtung der Waffenstillstandskommission. Verhandlungen darüber finden in Bromberg statt. Der Schutz von Leben und Eigentum der deutschen Bewohner ist nicht nur Pflicht der deutschen Regierung, sondern auch der alliierten Regierungen, welche gegen alle polnischen Uebergriffe einschreiten werden. Alle Geiseln sollen freigelassen werden. Die Rückkehr der gefährdeten Deutschen in ihre Heimat soll von den Alliierten gesichert und der Schutz ihres Eigentums gewährleistet werden. Sämtliche Uebergriffe der Polen auf dem Gebiete der Rechtspflege werden unverzüglich der Interalliiertenkommission mit dem Ersuchen um Abhilfe mitgeteilt. Es ist darauf hingewirkt worden, daß solche Uebergriffe sofort abgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem jetzigen Demarkationslinie gelegenen Gebiet Landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch polnischerseits große Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen sich geltend macht. Die deutsche Reichsregierung steht die Not der Ostmark mindestens so ernst an, wie die Interpellantin und ihre Gesinnungsgenossen. Die Regierung hat das Menschennögliche auf dem Gebiete der Abänderung der Not für das Deutschtum im Osten geleistet. Es ist richtig, daß der Respekt vor der deutschen Regierung gelunken ist. Die Hauptursache dafür ist aber, daß 18 000 deutsche Soldaten mit ihren Offizieren in Warschau vor 800 Polen ausrückten. Dieses wenig tapfere Verhalten des Generals Bielecki hat dem deutschen Ansehen den schwersten Schlag versetzt. (Zuruf rechts: Das ist eine Frucht der Revolution!) Ich richte an das deutsche Volk die Mahnung, sich zu entschlossener Verteidigung des Vaterlandes aufzuraffen. (Beifall bei der Mehrheit.) Nach weiterer Besprechung der Interpellation, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag 3 1/2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Sozialistengesetz und Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft.

Sächsische Volkskammer.

Dresden, 5. März.

Zunächst wird mit der allgemeinen Vorberatung über den Entwurf eines Diktengesetzes begonnen. Abg. Sindermann (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Gesetzgebungsausschuß und schlägt vor, daß man die Weimarer Beschlüsse auch hier zugrunde legen soll. Abg. Flehner (Unabh.) wendet sich gegen die Wahrung einer Repräsentationszulage in Höhe von 1000 Mk. monatlich an den Kammerpräsidenten. Abg. Langhammer (Dem.) schließt sich dem Sindermannschen Antrag an. — Nach kurzen Ausführungen des Finanzministers Nitzsche beschließt die Kammer im Sinne des Antrages Sindermann.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag die Versorgung der Industrie mit Kohlen aus dem Ausland, sowie mit Kohlen und Betriebsstoffen.

Abg. Wosern (Dem.) begründet den Antrag. Die Hoffnungen, die man auf die Kriegsgesellschaften zur Erzeugung von Gelpulver gesetzt hat, hätten sich nur zum geringen Teil erfüllt. Das müsse besonders bei der Kohlen-

versorgung für die Textilindustrie berücksichtigt werden, die auch in Zukunft fast ausschließlich auf ausländische Zufuhr angewiesen sein würde. Dasselbe gelte für die Metallindustrie, für die Papierindustrie usw. Sächsen müsse seine speziellen Interessen wirksamer als früher verteidigen.

Es folgen die Interpellation des Abg. Blüher und Genossen über

die Notlage der sächsischen Industrie,

und die übereinstimmenden Interpellationen des Abg. Weller (Deutschn. Volksp.), Blüher (Deutsche Volksp.) und Arzt (Soz.) über

die Kohlenversorgung Sachsens.

Abg. Dr. Niehammer (Deutsche Volksp.) beleuchtet die Schwierigkeiten, die unserer Industrie durch die Kriegsgesellschaften bereitet wurden und wendet sich gegen die Forderung der Sozialdemokraten auf Verbot der Heimarbeit. Die Arbeiterfrage sei auch eine Wohnungsfrage. Aus der fortgesetzten Beunruhigung der Industrie durch die von den verschiedensten Regierungsteilen ausgehenden, oft sich widersprechenden Bestimmungen, erwachse große Gefahr, die noch gesteigert werde durch die Sozialisierungsgefahr, durch die Bedrohungen durch terroristische Elemente, durch die neue Steuergesetzgebung. Zur Frage der Kohlenversorgung führt Redner aus, daß, während früher die Schwierigkeiten aus dem Mangel an Verkehrsmitteln entstanden, heute der Rückgang der Kohlenförderung die Ursache sei. Er wünscht von der Regierung Aufschluß darüber, ob sie in der Lage ist, für die fehlenden Kohlenmengen Ersatzstoffe, wie Torf usw., zu liefern, wie das der Industrie schon so oft in Aussicht gestellt worden ist.

Arbeitsminister Schwarz: Die Industrie werde noch für längere Zeit mit Ersatzstoffen rechnen, besonders die Textilindustrie. Um unsere Absatzgebiete wieder zu erringen, müssen wir uns des Kaufmannes im weitesten Maße bedienen. Bei den Friedens- und Handelsverträgen müsse die sächsische Industrie ganz besonders berücksichtigt werden. Die Heimarbeit habe so große Nachteile und Schwächen, daß die Regierung versuchen müsse, diese Arbeitsart zu beschränken. Die Beschränkungen, die der Industrie aus der achtstündigen Arbeitszeit große Schäden erwachsen könnten, seien abzuwehren. Die Berliner Amtsstellen aber erschweren das Wirtschaftsleben ganz ungeheuer. Dort herrsche kein Zusammenarbeiten, sondern heller Wirrwarr. Bei Streiks dürfe nichts unverfügt gelassen werden, um die Sicherheit des Einzelnen zu garantieren. Das sei der Regierung die jetzt gelte. Unsere Kohlenversorgung sei so schlecht, weil uns Ausfuhrverpflichtungen auferlegt sind, die wir zu erfüllen gezwungen werden.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation. Es liegen wiederum 10 Wortmeldungen vor, was den Präsidenten erneut zu dem Hinweis veranlaßt, daß es mit Reden allein nicht getan ist. Nach der Besprechung erfolgt

Ein Beschluß der Kammer

einstimmig dahin, die Regierung zu ersuchen, schleunigst Maßnahmen vorzubereiten, damit nach Friedensschluß 1. Nichtstoffe aus dem Auslande der Industrie und dem gewerblichen Mittelstande ohne Verzug zu angemessenen Bedingungen zugeführt werden, 2. die Versorgung der industriellen und gewerblichen Unternehmungen mit Kohlen und Betriebsstoffen dauernd sichergestellt wird.

Schluß 4 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen wegen der Leipziger Vorgänge.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Beginn der Verhandlungen in Spa.

Vorgestern begannen in Spa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Sie sind verbunden mit den Verhandlungen über die Zuerückführung der deutschen Flotte und die Finanzierung der Lebensmittelversorgung. Im Laufe der Verhandlung überreichten die alliierten Regierungen zwei Memoranden, worin die Bedingungen über eine teilweise Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Abklärung der deutschen Handelsflotte im einzelnen festgesetzt sind. Admiral Hope erklärte, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein lebhafter Fortschritt in der Uebergabe der deutschen Handelsflotte gemacht sei. Es müßte daher sofort eine Versicherung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Nötige für das Auslaufen der Flotte tun und daß sie die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten stellen werde. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Alliierten, entgegen den deutschen Wünschen, nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten

Gente zu verhandeln, sondern die kleine, bereits ver- sprechene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen wollen. Der deutsche Delegierte erklärte, Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen und sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe sofort zu beginnen. Die deutsche Regierung könne aber die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne die Lebensmittelversorgung für die hungernde deutsche Bevölkerung geordnet zu haben.

Die holländischen Sozialisten fordern Lebensmittel für Deutschland.

Die Leitung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat an die sozialdemokratischen Parteien von England, Frankreich, Italien und Belgien ein Telegramm gerichtet, worin sie auf die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland hinweist. Es drohe ein moralischer Zusammenbruch, der ein anarhistisches Chaos zur Folge haben würde, das nicht nur für das deutsche Volk allein gefährlich wäre. Die Lage könnte sich nur dann bessern, wenn die assoziierten Regierungen sofort Lebensmittel nach Deutschland schickten.

Die englische Hilfe.

Aus London wird gemeldet: In einer Unterhausrede erklärte Churchill, Deutschland sei dem Verhungern nahe und drohe zusammenzubrechen. Jetzt sei der Augenblick zur Tat gekommen. Wenn Deutschland die ihm auferlegten Bedingungen angenommen habe, könne die Verproviantierung und die Versorgung dieses Landes mit Rohmaterialien beginnen und energisch fortgesetzt werden.

Die Unruhen in Berlin.

Schwere Tanks in Tätigkeit.

Bei dem Einzug der Truppen in Berlin zum Schutze des Polizeipräsidiums versuchte eine tausendköpfige Menge auf dem Alexanderplatz die Truppen zurückzuhalten. Diese mußten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Drei Personen wurden getötet. Das Polizeipräsidium erhielt abends noch weiteren Schutz durch Reglertruppen und eine Feldartillerieabteilung. Ein Versuch, in die Alexanderkaserne einzudringen, konnte unter schweren Verlusten des Gefindels abgeschlagen werden. In der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße, sowie am Bülowplatz waren zahlreiche Barrikaden errichtet worden. Die Spartakisten versuchten unter allen erdenklichen Verkleidungen in das Polizeipräsidium einzudringen und die Befestigung zur Uebergabe des Gebäudes zu veranlassen. Gestern morgen sind weitere zahlreiche Truppen eingetroffen und halten den ganzen inneren Stadtteil besetzt. Schwere Tanks führen noch der Münzstraße um die Gegend von dem zahlreichen Gefindel zu befreien. Trotz aller Warnungen der Kommandantur sammeln sich immer große Mengen von verbrecherischen Elementen auf dem Alexanderplatz an. Der Platz mußte mit Waffengewalt geräumt werden. Auffällig ist, daß sich unter den Massen zahlreiche Frauen und Kinder befinden.

Plünderungen.

Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber in Berlin schwere Ausschreitungen begangen worden. Das geraubte Gut beläuft sich auf viele Millionen. Auch auf Kleidungsstücke und Stoffe hatten die Räuber es abgesehen. Konfektionshäuser wurden ausgeräumt und für hundertaufende Mark an Wert gestohlen. Im Norden und Osten der Stadt, bis zum Zentrum herunter sind zahlreiche Geschäfte ausgeräumt. Besonders wurden Lebensmittelgeschäfte, sowie Butter- und Fleischwarenhandlungen ausgeplündert.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben am Schlesischen Bahnhof und am Nordbahnhof schwere Feuergefechte zwischen Regierungstruppen und plündernden Spartakisten stattgefunden. Die Spartakisten verloren neun Tote und zahlreiche Vermundete.

Der Streik in Leipzig.

Die sächsische Regierung hat an den A. und S. Rat in Leipzig die telegraphische Mitteilung gerichtet, daß der Volksbeauftragte Schwarz bereit sei, mit dem A. und S. Rat am Donnerstag über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens zu verhandeln. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: „Die Herren Volksbeauftragten in Dresden scheinen noch immer nicht zu wissen, um was es sich in Leipzig handelt. Die Arbeiter wollen nicht die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in dem Sinne, wie es die von den Rechtssozialisten unterstüzte Bourgeoisie wünscht, sondern sie verlangen nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, nach Herstellung eines sozialistischen Gemeinwesens, und das ist nicht allein eine sächsische Angelegenheit, geschweige denn, daß diese Frage in Leipzig allein gelöst werden könnte. Wenn also Verhandlungen geführt werden sollten, so wird das nur auf der Grundlage geschehen können, daß die sächsische Regierung sich verpflichtet, für die Erfüllung der Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft mit aller Kraft einzutreten.“

Das Reichsgericht hat beschlossen, seine Verhandlungen bis auf weiteres auszusetzen, da die Anwälte vielfach keine Gelegenheit haben, mit ihren auswärtigen Klienten zu verkehren.

Im übrigen Reiche.

Ueber Halle ist von den Regierungstruppen der Belagerungszustand verhängt.

In Erfurt ist der Generalfreikörper beendet.

In Hamburg und Bremen ist verstärkte Streikluft zu beobachten. Ueber Hamburg ist der Belagerungszustand verhängt.

In Braunschweig ergab die Abstimmung der Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig eine Mehrheit für Einführung der Mäterepublik.

In Garmisch wird auf mehreren Bergwerken gestreikt.

In Essen liegt die Geschloßfabrikation bei Krupp still.

Kleine politische Meldungen.

Frankreich beansprucht nur Elsass-Lothringen. „Humanität“ meldet, daß Clemenceau Sekretär, Abrami, in der Sitzung des Ausschusses für das Auswärtige am Montag die Regierungserklärung abgab, Frankreich habe durch die ungehinderte Zulassung der Wahlen zur Nationalversammlung im besetzten Gebiet zugestanden, daß das besetzte Gebiet, mit Ausnahme Elsass-Lothringens zu Deutschland gehöre. Ueber die Frage der Friedensversicherungen werde der Ministerpräsident an einem späteren Termin sich persönlich auslassen.

Belagerungszustand in Dispreuken. Wie das „Münchener Volksblatt“ mitteilt, wurde durch den kommandierenden General des 20. Armeekorps mit Rücksicht auf den tatsächlichen mit Polen bestehenden Arzbezugszustand über Stadt- und Landkreis Allenstein, die Kreise Lübau, Osterode, Richtenburg, Ortelsburg, Johannsburg, Pogz und Lohm im Interesse der öffentlichen Sicherheit der Belagerungszustand verhängt.

Einführung der allgemeinen Volksschule in Aue.

Eine Sitzung des Schulausschusses im Beisein der städtischen Rörperschaften.

a. Seit langen Jahren schon stand im Mittelpunkt der Erörterungen der Lehrervereine die Frage der deutschen Einheitschule. Auch die weiteste Öffentlichkeit und viele Volksvertretungen wandten dieser Frage lange schon ihre Aufmerksamkeit zu als einer der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft Deutschlands. Mit der großen Umwälzung, welche die Revolution im Gefolge hatte, rückte die Angelegenheit in den Brennpunkt aller unserer Schulfragen, und alsbald wurde, wie in anderen Bundesstaaten, so auch für Sachsen durch ministerielle Verordnung die Einführung der allgemeinen Volksschule angeordnet. Infolgedessen muß selbstverständlich auch unser Auer Schulwesen auf diese Neuordnung eingestellt werden, der Schulausschuß hat sich mit der Angelegenheit auch bereits eingehend beschäftigt. Zur Beschlußfassung ist neben dem Stadtrat wie in allen städtischen Dingen natürlich das Stadtratskollegium zuständig, und damit dieses Gelegenheit habe, sich mit der Materie vertraut zu machen, war es für gestern, Mittwoch nachmittag 4 Uhr, zu einer Schulausschusssitzung eingeladen worden, in der im Stadtratskollegiumsaal stattfand. In Stärke von 22 Mitgliedern hatte es der Einladung Folge geleistet; während am Ratstische fünf Stadträte Platz genommen hatten und Bürgermeister Hofmann als Vorsitzender des Schulausschusses die Verhandlungen leitete. Außerdem waren zu den Beratungen noch hinzugezogen worden Realschulrektor Professor Wächter, der Direktor der dritten Bürgerschule Bauer und der in den hiesigen Schulen bestehende Arbeitsausschuß zur Durchführung der Einheitschule. Aus Schultreuen gehören dem Schulausschuß an Direktor der ersten Bürgerschule Dieckel, der zweiten Bürgerschule Zeidler und Lehrer Wolf. Die Sitzung wurde eröffnet mit einem eingehenden Referat durch Bürgermeister Hofmann.

In klarer, übersichtlicher Weise führte er die der Materie noch fern stehenden Mitglieder des Stadtratskollegiums in diese ein, ungefähr folgendes ausführend: Die Umgestaltung der Volksschule zerfällt in zwei Gruppen, die sehr häufig — auch in der Presse — miteinander verwechselt werden, nämlich 1. die Einheitschule und 2. die allgemeine Volksschule. Die Frage der Einheitschule umfaßt das gesamte Schulproblem, vom Kindergarten an, unsere bisherige Volksschule, die Bürger- und Fortbildungsschule bis zur Universität. Das alles soll nach einheitlichen Grundgesetzen organisch geregelt werden, damit alle Kräfte in unserem Volke sich ungehindert entwickeln können; die Forderung ist nicht erst durch die Revolution entstanden, vielmehr sehr alt. Diese Frage ist indessen nicht besonders dringend, sehr wahrscheinlich ist für dieses Gebiet eine allgemeine deutsche Norm durch die Nationalversammlung zu erwarten. Hingegen kommt für uns die allgemeine Volksschule in Frage, die faktisch oft Einheitschule genannt wird. Für die allgemeine Volksschule gelten als wesentlichste folgende Bedingungen:

- 1. Kein Unterschied nach einer religiösen Minderheit oder Mehrheit.
2. Sie soll keine Schule sein, deren Besuch abhängig ist von dem Geldbeutel des Vaters.

Konfession und Zahlungsfähigkeit spielen bei der allgemeinen Volksschule also keine Rolle, der Unterricht wird für alle Kinder von sechs bis vierzehn Jahren einheitlich gestaltet ohne Erhebung von Schulgeld. An und für sich ist das auch nicht Neues, denn dieses Prinzip ist ja in den Volksschulen durchgeführt, auch noch in mittleren Städten, wo es konfessionell getrennte Schulen nicht gibt. Neu ist es nur da, wo eine Differenzierung besteht. Dieses System der allgemeinen Volksschule entspricht auch den Grundgesetzen der deutschen Lehrerschaft, mit seiner Hilfe soll die Schule zur größten Leistungsfähigkeit gehoben werden.

Nach diesen einschläßenden Darlegungen wandte sich Bürgermeister Hofmann der ministeriellen Verordnung vom 12. Dezember 1918 zu, welche die Einführung der allgemeinen Volksschule anordnet, und brachte die hauptsächlichsten Bestimmungen daraus zur Verlesung. § 1 bestimmt die Schulgeldfreiheit, § 2 setzt die Unterichtslosigkeit der Konfession fest, während § 3 die Einrichtung von Hilfsklassen für besonders schwach befähigte Kinder vorsieht. Weiter wird die Stundenzahl des Unterrichts geregelt und bestimmt, daß die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Abteilungen lediglich aus Rücksicht auf die Verabgung zu erfolgen hat. Hierbei heißt es aber ausdrücklich: es können verschiedene Abteilungen geschaffen werden; die Kinder können also geschieden werden in solche, die weniger leisten, und in solche, die begabt sind. Hierin liegt, so bemerkte Referent, allerdings eine große Schwierigkeit für die Lehrerschaft, bei der Entscheidung darüber zu fallen soll, welchen Bildungsgang ein Kind zu nehmen hat, während dem Elternhause die Entscheidung in diesem Falle beinahe genommen wird. Deshalb sind unbedingt Sachverständige notwendig, die Be-

urteilungen und Beschwerden zu prüfen haben. — Endlich wird verordnet, daß die Bestimmungen mit Beginn des Schuljahres 1919/1920 in Kraft zu treten haben. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Stadt Aue nun auf die

Aufhebung der ersten Bürgerschule

zuzukommen. Dabei aber entsteht die Frage: Soll das mit einem Schläge geschehen? Sie ist zu verneinen. Die erste Bürgerschule hat höhere Lehrziele, z. B. fremdsprachlichen Unterricht, und den Kindern, die sie jetzt besuchen, würde daher bei der sofortigen völligen Aufhebung bereits erworbenes Bildungsgut genommen werden. Deshalb ist die Aufhebung mit einem Schläge abgelehnt worden. Daraus ergibt sich die weitere Frage: In welchem Umfange soll mit dem April die allgemeine Volksschule eingerichtet werden? Es soll selbstverständlich angefangen werden mit der untersten, der achten Klasse, nur ist noch nicht entschieden, ob mit der achten und siebenten Klasse zusammen begonnen wird, oder gleich mit den untersten vier Klassen auf einmal. Wenn mit der achten und siebenten Klasse gemeinsam begonnen, und dann im nächsten Schuljahre mit der sechsten Klasse fortgefahren wird, u. s. w., dann wäre in sechs Jahren die erste Bürgerschule verschwunden sein und Aue hätte dann die allgemeine Volksschule in der ganzen Stadt. Es handelt sich also bloß noch darum, festzusetzen, ob mit zwei oder vier Klassen zusammen der Anfang gemacht wird, und bei dieser Entscheidung dürfen nur sachliche Gründe maßgebend sein, die sich dahin zusammen fassen lassen: wie dienen wir am besten den Kindern in der ersten Bürgerschule und der Allgemeinheit?

Bürgermeister Hofmann brachte noch zum Ausdruck, daß er persönlich die neue Schulordnung lebhaft begrüße, denn man dürfe Großes von ihr erwarten. Daran anschließend gab er noch Vergleiche der heutigen Bürgerschulen mit der neu einzuführenden allgemeinen Volksschule in bezug auf die Zahl der Lehrkräfte, der Lehrkräfte, des Lehrgeldes usw., und eröffnete sodann die

Aussprache.

Als Erste erhob das Wort Hl. von Wigleben, um im Namen des Lehrkörpers der ersten Bürgerschule mitzutreten, daß dieser die Einführung der allgemeinen Volksschule sofort in vier Klassen nicht für durchführbar halte. Die gegenteilige Ansicht vertrat Lehrer an der dritten Bürgerschule Weinholt und auch das Schulausschussmitglied Lehrer Wolf stellte sich auf diesen Standpunkt, und zwar in sehr eingehenden Ausführungen. Der Vorsitzende des Bezirkslehrervereins Kurt Müller machte auf einige Dinge aufmerksam, die der praktischen sofortigen Durchführung der untersten vier Schuljahre als allgemeine Volksschule im Wege stünden, worauf Direktor Zeidler eingangs seiner sehr ausgedehnten Ausführungen die Frage aufwarf: Wollen wir der Zeitströmung und deren berechtigten Forderungen Rechnung tragen, oder die Zeit an uns vorüber gehen lassen? Er entschied sich unter eingehendster Begründung und unter Heranziehung aller aufgeworfenen Fragen für die untersten vier Klassen. So interessant seine und der übrigen Debattierenden Darlegungen auch waren, so müssen wir es uns doch versagen, näher darauf zurückzukommen, weil sie sehr viel rein schultechnisches Material behandelten und deshalb den Rahmen, welcher der Berichterstattung in der Tagespresse gesteckt ist, weit überschreiten würden. Stadtratskollegiumsmitglied Hl. von Wigleben erklärte für die in der Angelegenheit aufscheinend bestehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Lehrerschaft und erinnerte daran, daß große Zeiten große Taten verlangen, weshalb alle Kleinigkeiten zurückgestellt werden müßten, um einem gesunden Gedanken zu baldigster Durchführung zu verhelfen.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte im Verlaufe der Aussprache die Einrichtung der Regabenschule. Direktor Zeidler warnte davor, in dieser Angelegenheit den Bogen zu überspannen die Pädagogen selbst seien sich noch nicht einig über die Lösung des Problems; auf keinen Fall dürfe zu zeitig damit begonnen werden, ja nicht, bevor die Kinder sechs Klassen durchgemacht haben. Auch Bürgermeister Hofmann beteiligte sich an der Erörterung dieser Angelegenheit, wobei er zu dem Schlusse kam, daß es auf praktische Versuche ankomme, es seien in dieser Hinsicht schon recht gute Erfahrungen gemacht worden. An die Aussprache über die Einführung der allgemeinen Volksschule in der ersten Bürgerschule beteiligten sich noch weiter Kantor Semmler, Realschulrektor Professor Wächter, der im Hinblick darauf, daß der vierten Klasse die Vorbereitung der Schüler für die Realschule zufällt, den Vermittlungsvorschlag machte, mit den drei untersten Klassen zu beginnen, Lehrer an der ersten Bürgerschule St. V. Bät., Direktor Dieckel und St. V. Fabrikant Haufe. Damit endete die Aussprache und gleichzeitig die Teilnahme der eingeladenen Herren an der Sitzung um 1/8 Uhr. Der Schulausschuß aber blieb noch weiterhin zusammen, um die Beratungen fortzusetzen. Er beschloß einstimmig, die allgemeine Volksschule in Aue ab 1. April dieses Jahres gemäß des Vorschlages des Herrn Realschulrektors Professor Wächter in den untersten drei Klassen einzurichten.

Von Stadt und Land.

Aue, 6. März.

r Hauptversammlung des Frauendank. Die hiesige Ortsgruppe des Frauendank hielt gestern Nachmittag unter dem Vorsitz der Frau Apotheker Runge im Gasthaus „Stadtpart“ ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Vorsitzende erstattete zunächst den Jahresbericht, der in seiner Einleitung allen Mitarbeitern an der guten Sache und allen Spendern herzlichsten Dank sagte und der dann mit Bedauern feststellte, daß die Gefolgschaft infolge der Beschäftigungen der bürgerlichen Kreise sehr gelitten habe. Der Frauendank dürfe dies aber nicht die Invaliden entgelten lassen, sondern er müsse für sie unentwegt weiter tätig sein. Das Jahr 1918 ist ein sehr arbeitsreiches für die Ortsgruppe

gewesen.
stehende n
Amt. 8
Mitglie
im Vorj
2568 M
erbrachte
einen Re
1918 ein
st. Elu n
denk, ha
162 Ma
Ausstellu
nahme v
betrug 6
auch zum
würden
gewährt
Stoffen
alle Helfe
enthielt,
unterzoge
nur sehr
nochmals
Zwischen
die Lehr
der 2. B
für Unt
des Jah
ferner 19
und 1971
sonderer
Schönfeld
erteilt.
die hohe
den Bun
der Vera
wicklung
die dabu
Erbelung
— Redn
Dr. H.
an den
damit be
die P.
Mitglie
womit d
soll in
des Re
stimmte
Unterstütz
n D
sorge für
plant zur
Ende B
durch erst
jezt schon
Säch
Sächliche
stattfinde
technische
Mes
uns von
15. April
Bezirksve
der genau
mittel an
wohner a
der Näh
verkehr
k B
des Herr
einmal ei
Heren G
sich an
legenheit
zeigt ein
Es befund
obachtend
Bnd erka
Ganze un
Sonnenl
Landchaft
Eingelhei
aber dem
dieser den
und Kolo
Schöpfers
dürfen.
teresse der
1 Tr
Metropol
Mietel G
Frau Al
Selma v
tennung
M. J
Straßbur
Graubenz
Wahzwanz
aber (Ind
räten) zu
Sachsen)
Pr
konnten
werden,
verwaltung
wird, am
bedenklich
fährt we
Doch ft p
des Reich
Erfolg an
dieselbe
maßregeln

Letzte Drahtnachrichten.

Annahme des Sozialisierungsgesetzes.
 Weimar, 5. März. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, welches nach Zustimmung des Staatsauschusses hiermit verkündigt wird. (Es ist das Sozialisierungs-gesetz, dessen Wortlaut wir gestern mitgeteilt haben. D. Red.)
 Weimar, 5. März. In der gestern unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Preuß und des Reichswirtschaftsministers Wisse!! abgehaltenen Sitzung des Staatsauschusses wurde den von der Nationalversammlung angenommenen Entwürfen eines Übergangsgesetzes, eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr und eines Gesetzes zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zugestimmt.

Deutschlands Nahrungsjorgen.
 Weimar, 5. März. Der Nationalversammlung ist folgende Interpellation der Mehrheitsparteien zugegangen: Die in Deutschland greifbaren Erntevorräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der dies-jährigen Ernte zu ernähren. Was gebietet die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen?

Amsterdam, 5. März. Daily Telegraph (London) bespricht die beunruhigenden Nachrichten über die Lage in Deutschland und verlangt sofortige ausreichende Versorgung Berlins durch die Entente. Wir können, schreibt das Blatt, aus verschiedenen Gründen nicht das ganze Land hungern lassen, vor allem deshalb nicht, weil der Hunger der große Verbündete der Anarchie ist. Selbst eine teilweise Milderung der Blockade müßte in Kauf genommen werden.

Der Streik in Berlin.
 Berlin, 5. März. Die mehrheitssozialistischen Betriebs-räte Groß-Berlins haben heute in einer Versammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins stellt fest, daß der Streik gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung kam die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streiks nicht unterzählen.

Berlin, 5. März. Heute fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden des mitteldeutschen Streikgebietes statt, die zu einer völligen Einigung führten. Die anwesenden Arbeitgebervertreter stimmten für ihre Verlon den getroffenen Vereinbarungen zu und versprachen, in ihren Kreisen für die sofortige Durchführung einzutreten.

Berlin, 5. März. Heute ist in Berlin keine Morgen-zeitung erschienen, da gestern abend überall die Gezer und Drucker in den Ausstand traten. Auch die Gezer in Wolke Telegraph Büro streiken.

Berlin, 5. März. Seit Mitternacht spielen sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Sozialisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, sodaß das Gebäude stark beschädigt worden ist. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangstüren von Spezialisten besetzt und die Tele-phonleitungen durchgeschnitten sind. Außer der Marinestation und einem Teil der republikanischen Soldatenwehr sind auch ein Teil der Walfänger und des 2. Gardebrigades zu den Aufständischen übergegangen. Die nächtlichen Kämpfe sollen bisher 8 Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundete gefordert haben.

Die Polen- und Tschechengefahr.
 Berlin, 5. März. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 4. März über-reichte der deutsche Vorkommende zunächst eine Note, in welcher die Oberbefehlshaber, durch die Tschechen und Polen drohenden Gefahren geschildert werden und dringend ersucht wird, die alliierten Offiziere in Warschau und Prag anzuweisen, die polnisch-tschechischen Angriffspläne gegen deutsches Gebiet zu verhindern. Schließlich legte der deutsche Vorkommende in einer dritten Note dar, daß durch das Verbot der Küstenschiffahrt in der Ostsee vertriebens oft und westpreussische Städte der schlimmsten Not ausgesetzt werden und er ersucht, die Küstenschiffahrt in der Ostsee für die erwähnten Transporte freizugeben.

Die Lage im Reich.
 Bremen, 5. März. Der Generalstreik kann als be-endet abgesehen werden. Daraus sieht der 21. Aus-schuss die Forderungen der Arbeiterschaft als erfüllt an und fordert demgemäß die Streikenden auf, am Donner-stag früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mannheim, 5. März. Der revolutionäre Arbeiter-rat fordert die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf. Die Mehrheitssozialisten lehnen die Beteiligung ab und fordern die Arbeiter auf, die Arbeitsstätten nicht zu ver-lassen, und keine Gelegenheit zu neuen Ausschüben zu geben.

München, 5. März. In der heutigen Nachmittags-sitzung des Reichstages wurde ein Dringlichkeitsantrag Dr. Wimmenfeld mit großer Mehrheit angenommen, dem-nach die Vertreter aus den Reihen der Mehrheitspartei und der unabhängigen Sozialdemokraten sich er-neut mit dem am 12. Januar in den bayrischen Landtag gewählten Abgeordneten der Mehrheitspartei zusamen-finden sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen.

Leipzig, 6. März. Der Generalstreik dauert fort, doch sollen heute zu seiner Beilegung Verhandlungen zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz und den U. und S.-Männern in Leipzig beginnen. Der Streik im Bornaer Kohlenrevier ist durch Verhandlungen des Volksbeauf-tragten Schwarz mit den Arbeitervertretungen beigelegt worden. Eine Beteiligung an dem politischen Generalstreik haben die Bergarbeiter durch Abstimmung abgelehnt.

Wilmanns Nachrichten nach Paris.
 New York, 5. März. (Montes.) Wilson ist heute um 8 Uhr 15 Minuten morgens mit dem Dampfer George Washington nach Frankreich abgereist.

also künftig ein Einheitshöchstpreis für Kaffee-Erzeugnisse in der Höhe der derzeitigen Höchstpreise für gemahlene Kaffee-Erzeugnisse. Diese betragen im Kleinhandel bekanntlich 1,18 M für 1 Pfund gepackte bezw. 1,12 M für 1 Pfund lose Ware. Die besondere Preisfestsetzung für Feigenkaffee und Kaffee-Essenzen durch den Kriegsausschuß bleibt hier-durch unberührt.

Freigabe des Verkehrs mit Runkelrüben und Johngemüse.
 Die Reichsstelle für Gemüse und Obst macht bekannt, daß sie ihre Verordnung vom 28. September 1918 über die Be-wirtschaftung der Runkelrüben aufgehoben hat. Der Verkehr mit Runkelrüben ist nunmehr völlig frei. Der Heeresbedarf an getrockneten Futterrüben ist im wesentlichen fortgefallen, und die Ausbringung von Runkelrüben für Kaffee-Ertrag er-scheint hinreichend gesichert. Infolgedessen konnte die Reichs-stelle dem Wunsche der Landwirtschaft auf Belassung der Runkelrüben als Viehfutter durch Abstandsnahme von einer weiteren Erlassung Rechnung tragen. Die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft in Braunschweig veröffentlicht eine Bekannt-machung über die diesjährigen Herstellerpreise für Fahge-müse. Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel sind nicht festgelegt worden. Doch wird die Angemessenheit der durch die Händler zu nehmenden Zuschläge durch die Preis-prüfungstellen überwacht werden. Der Abfall von Johngemüse ist durch dieselbe Bekanntmachung freigegeben worden.

Zur Einfuhr von Fischen und Fischereiwaren. In letzter Zeit mehrten sich die Anträge auf Einfuhrfreigabe von Fischen und Fischereiwaren. Die Ablehnung dieser Anträge hat zu heftigen Presseangriffen geführt, insbesondere wird der Zen-traleinkaufs-Gesellschaft ein Vorwurf aus der Ver-lagung der Einfuhrgenehmigung für Sardellen und Salzische gemacht. Die Z. E. G. hat jedoch mit dieser Sache nichts zu tun, da seit dem 1. Januar die Einfuhrgenehmigung von der Reichsfischverordnung G. m. b. H. erteilt wird. Die Reichsfischverordnung muß sich dabei an die Einfuhrkontingentierung in den neutralen Ländern halten. Hier ist die Aus-fuhr von Staats wegen nach wie vor auf bestimmte Mengen beschränkt. In diesem beschränkten Rahmen müssen, wie die „Mittel des Reichsernährungsamtes“ schreiben, möglichst viel preiswerte, für die Ernährung der breiten Masse der ärmeren Bevölkerung geeignete Fische nach Deutschland ein-geführt werden. Dies kann nur durch Befreiung des zen-tralisierten Einkaufs erreicht werden. Zudem wird jede ein-geführte Menge auf die Schmelzmenge angerechnet. Das Be-streben der Reichsfischverordnung ist daher, einerseits möglichst billige, andererseits möglichst haltbare Fische einzuführen, d. h. vor allem frische Fische. Sardellen sind ein reiner Luxusartikel. Salzische kommen unter heutigen Umständen, da sie im Vergleich zu frischen Fischen zu teuer sind, nicht in Frage.

Aufhebung der Darmbewirtschaftung im Inland. Nach-dem schon seit mehreren Monaten durch die Aufhebung des Verpflichtungsscheines für den Darmhändler der Klein-handel in Dörfern der ehemaligen Zentral-Einkaufs-Gesellschaft und Kriegswirtschafts-Unterrichtsgesellschaft freigegeben war, wird mit dem Ablauf des Monats Februar auch der Verpflichtungsschein für Großhändler aufgehoben. Damit ist der Inlandshandel in Dörfern von jeder behördlichen Regelung frei. Nur die Auslandszufuhr muß bis auf weiteres in der staatlichen Hand bleiben, sie ist bei der Reichsfleisch-stelle, Geschäftsabteilung, zentralisiert.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

K. Konzert Büffel. Der Dresdner Kammeränger Herr Robert Büffel, ein in unserer Stadt immer wieder gern begrüßter Gast, bereitet gestern Abend im „Blauen Engel“ der Gemeinde seiner Verehrer von Neuem einen hohen Genuß. Leider hatte diese Gemeinde sich nicht so zahlreich eingefunden, wie man unbedingt hätte erwarten müssen, und man konnte hier wiederum die bedauerliche, für die hiesige Intelligenz aber nicht sehr schmerzliche Feststellung machen, daß für berattete vornehme Veranstellungen das Interesse in den be-rufenen Kreisen in Aue immer noch nicht in dem erforderlichen Maße vorhanden zu sein scheint. Jedenfalls haben diejenigen, die gestern Abend zur Stelle waren, es nicht zu bereuen gehabt. Die hohe Ge-sangsart des Dresdener Künstlers, der sich das prachtvolle Stimmmaterial völlig unterordnet, fletzte wieder einmal Triumphe in Liebern und Balladen von Schumann, Böwe, Heingartner u. a. mehr. In der farbenreichen Individualisierung des einzelnen Tonstückes, in der dramatischen Belebung des textlichen Stoffes, wie in der technischen Beherrschung der mächtigen, biegsamen, in vollem wohlklingendem Strome der Brust entquellenden Stimme hat Herr Büffel eine Meisterschaft erreicht, die ihn den besten Vorbildern nahebringt. Von Manierist-keiten oder Anarthen, wie sie sonst bei Konzertängern, die der Bühne angehören, nicht selten zu sein pflegen, hier keine Spur. Dem Künstler kommt alles auf den Abbel im Ausdruck, auf die reine Schönheit an. Er will den Komponisten nicht retouchieren, er will ihn feilsch reiflos erschöpfen und dazu gibt seine Darstellung, wenn man so sagen darf, dazu gibt er auch sein Organ alles Erforderliche her. Den Glanz-punkt erreichte gestern Abend der Sänger mit Schumanns „Die Grenadiere“. Man wird zugeben, daß diese Tonbildung — wie etwa Böwens „Abt“ — so ziemlich abgehebt ist. Versuche und Unbe-rufenen bringen sie immer wieder vor das Licht der Rampen. Die Schönheit der Schumannschen Ballade zu enthüllen, bleibt aber den Auszubildeten vorbehalten. Wie Herr Büffel sie gestern sang, wirkte sie geradezu erschütternd. Man lauschte mit angehaltenem Atem und die Ergreifendheit der Substanz löste sich dann in nicht endendem Wellenschall aus. In Böwens „Die Abt“ war eine gewisse Unruhe hinein-gekommen, während „Feinlich der Vogler“ und „Im der Reimer“ wieder glänzend gelang. Heingarners „Liedesfeier“, eine der besten Liebesballaden dieses als Komponist viel umschwärmten Meisters, schillerte in Büffels Wiedergabe in allen Farben und Van Opden prächtige gleichfalls von der vielseitigen Gestaltungskraft des Künstlers. Der stürmische Wellenschall bewog ihn zu zwei Zugaben („Der große Kopf“ von Schubert und „Zueignung“ von Strauß) mit denen Herr Büffel einen effektvollen Abgang hatte. In Herrn Kapellmeister Seltzer hatte der Dresdner Sänger einen Begleiter von vornehmen Qualitäten ge-funden, der Sicherheit mit Discretion und Geschmak zu verbinden weiß. — Die Violatorin Fr. Marie Louise Keschagel aus Dres-den, eine sympathische Erscheinung, ertrug mit einer Auslese von Märchen, Gedichten und anderen Sätzchen ernster und belustiger Art, die sie in schlichter, lebenswüßiger Form mit angenehmem Organ sehr erfolgreich vorzutragen suchte. Man sollte ihr warmen Beifall, der auch sie zu Zugaben nötigte.

Zy. Neuhäusel, 5. März. Die Kreis-haupt-mannschaft hat der hiesigen Stadt Genehmigung zur Aufnahme einer Anzahl von 85000 M. zum Zwecke des Ankaufes und der Betriebsfortführung der Chr. Erdgasföhrer Dampfischlerei erteilt. Die Stadtverordneten ge-nehmigten den Kostenanschlag für die Stadterweiterung der Wartenstraße, die als Kraftlandarbeit ausgeführt wird, in Höhe von rund 15000 Mark.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Goldmann. Druck und Verlag: Neus Druck- und Verlags-gesellschaft m. b. H.

gewesen. Im April legte Frau Stahl ihr Amt als Vor-sitzende nieder und im August übernahm Frau Kunze dieses Amt. 8 Versammlungen fanden im Berichtsjahre statt. Die Mitgliederzahl betrug im Berichtsjahre 658 gegen 667 im Vorjahre. Die Mitgliedsbeiträge beliefen sich auf 2558 Mark. Die Veranstaltungen der Ortsgruppe erbrachten ein gutes Ergebnis. So ergab der Schuhskursus einen Reingewinn von 720 Mark, das Konzert am 26. Febr. 1918 einen solchen von 480 Mark. Die Wbbelaus-stellung, an die der Bericht nur mit gemischten Gefühlen denkt, hat einen Ueberschuß von 453 Mark erbracht, von dem 162 Mark der Ortsgruppe verblieben sind. Die mit der Ausstellung verbunden gewesene Lotterie ergab eine Ein-nahme von 3490 Mark. Die Besucherzahl der Ausstellung betrug 6027. Die Möbel der Ausstellung sind alle, wenn auch zum Teil mit Verlust, verkauft. Am 27. Kriegsbeschädigte wurden im Berichtsjahre Beihilfen für Miete und Möbel gewährt. Sodann erstattete Frau Direktor Zeidler den Kassenbericht, der gleichfalls zunächst Worte des Dankes an alle Helfer, insbesondere aber an Herrn Direktor Schönfelder enthielt, der sich der mühevollen Arbeit der Kassenrevisoren unterzogen hatte. Der Bericht stellte fest, daß die Spenden nur sehr spärlich geflossen sind und er appellierte deshalb nochmals an die Mitglieder, an ihren Geburtstagen der Invokavit zu gedenken. Mit herzlichster Freude sei die durch die Lehrerin Frau Otto angeregte Gabe der Nadelabteilung der 2. Bürger-schule aufgenommen worden. Die Ausgaben für Unterhaltungen betragen 1831 Mark (das Dreifache des Jahres 1917). Der Kassenbestand beträgt 20 Mark, ferner sind vorhanden ein Sparkastenbuch über 2813 Mark und 1970 M. Kriegsanzahl. 922 Mark verbleiben als be-sonderer Fond für Wbbelausstellungen. Die von Herrn Schönfeld beantragte Entlastung der Kasse wurde darauf erteilt. Vorsitzende Frau Kunze bemerkte ergänzend, daß die hohen Abgaben an den Kreisverein (Zwidau) und an den Bund (1/2 von den Beiträgen und 1/2 des Reingewinns der Veranstaltungen) einen Hemmschuß für die finanzielle Ent-wicklung der hiesigen Ortsgruppe bilden. Allerdings werden die dadurch aufgesammelten Gelder für die Förderung der Sebelungszwecke des Bundes benutzt. Indessen habe sie — Rednerin — doch angeregt, daß die Abführung des Dreiteils vom Reingewinn der Ortsgruppenveranstaltungen an den Kreisverein künftig unterbleiben soll und sie habe damit bei den weiteren Ortsgruppen Zustimmung gefunden. Die Rednerin schlug sodann vor, zur Beschaffung neuer Mittel Sommerfeste in geeigneten Lokalen aufzustellen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. Ferner soll in der nächsten Zeit ein Konzert veranstaltet werden, dessen Reinertrag der Ortsgruppe zuzuführen soll. Auch dem stimmte die Versammlung zu. Nach Besprechung von Unterhaltungsfragen wurde die Versammlung dann geschlossen.

Der hiesige Albertzweckverein, dem u. a. jetzt die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen obliegt, plant zur Stärkung der Mittel für seine Liebestätigkeit für Ende März die Aufführung eines modernen Lustspiels durch erste Mitglieder des Chemnitzer Stadttheaters, worauf jetzt schon hingewiesen sei. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Sächsl. Lotterieziehung verschoben! Die Ziehung der Sächsischen Landeslotterie 4. Klasse, die am 5. und 6. März stattfinden sollte, ist nach einer Meldung aus Leipzig infolge technischer Schwierigkeiten bis auf weiteres verschoben worden.

Mehr Nährmittel! Folgende erfreuliche Kunde wird uns von amtlicher Stelle: Für die Zeit vom 16. März bis 15. April ist die Nährmittelzuteilung erhöht worden. Dem Bezirksverband Schwarzenberg ist es hierdurch möglich, in der genannten Zeit wöchentlich 200 Gram m Nähr-mittel an jeden versorgungsberechtigten erwachsenen Ein-wohner auszugeben, vorausgesetzt, daß die Lieferung der Nährmittel nicht durch Störungen im Eisenbahn-verkehr unmöglich gemacht wird.

K. Bildausstellung. Im Schaufenster der Buchhandlung des Herrn Rathe in der Bahnhofstraße ist zur Zeit wieder einmal ein Gemälde von der Hand des hiesigen Kunstmalers Herrn G. Rau ausgestellt, dessen besondere Begabung wir schon anlässlich einer früheren Ausstellung zu rühmen Ge-legenheit hatten. Das Bild, in Aquarellfarben hergestell, zeigt eine Winterlandschaft, einen Gutshof aus Zelle. Es bekundet sich darin wiederum die Hand des liebevoll be-obachtenden, die Natur mit warmem Gefühl und sicherem Bild erfassenden Künstlers, der über dem Detail nicht das Ganze und über dem Ganzen nicht das Detail verliert. Wilder Sonnenanzug liegt über der leuchtenden, in weichen Schnee gefüllten Landschaft, in deren Vordergrund zwei Bauernhäuser in seinen Einzelheiten die Landschaft beleben. Idyllischer Frieden ruht über dem Ganzen und weckt die Sehnsucht nach der Stille dieser dörfligen Abgeschiedenheit. Das Bild ist in Zeichnung und Kolorit eine neuerliche Probe des starken Talentes seines Schöpfers, von dem wir noch manche hübsche Gabe erwarten dürfen. Wie wir hören, hat es bereits das lebhafteste In-teresse der hiesigen Kunstliebhaber erregt.

Freue Mieter. Für 25-jähriges ununterbrochenes treues Mietverhältnis konnte der hiesige Hausbesitzerverein an die Mieter Eisenhölzer Friedrich Adolf Schöffler, Abt. C. 15, Frau Nina verw. Kasper, Wasserstraße 8 und Frau Selma verw. Hennig, Mehnertstraße 85 wohnhaft, Aner-kennungsurkunden ausshändigen.

M. J. Pajzwang. Für die Einreise nach den Kreisen Strahburg, Wislen, Thon sowie nach Teilen der Kreise Graubenz-Land und Abban in Westpreußen ist der Pajzwang eingeführt worden. Nähere Bestimmungen hier-über sind bei den Bahnhöfen (Amtshauptmannschaften, Stadt-räten) zu erfahren. Auch für die Einreise von Nichtsachsen nach Sachsen ist der Pajzwang bis auf weiteres beschlossen worden.

Preise für Kaffee-Erzeugnisse. Der Zollbevölkerung konnten selber nur gemahlene Kaffee-Erzeugnisse zugeführt werden, da der reine Kerntenkaffee ausschließlich an die Beeres-verwaltung ging. Durch den geringeren Bedarf der letzteren wird, amtlicher Mitteilung zufolge, künftig auch der Zoll-bevölkerung wieder etwas reiner Kerntenkaffee zuge-führt werden können. Dies macht eine Regelung der Höchstpreise für Kerntenkaffee nötig. Eine Verordnung des Reichsernährungsministers legt die Preise für Kaffee-Ertrag aus Getreide oder Malz, also für Kerntenkaffee auf dieselbe Höhe, wie sie für die gewöhnlichen sogenannten ge-mahlten Kaffee-Erzeugnisse schon jetzt bestehen. Es besteht

schon vor-
 haben.
 t u a
 soll das
 einen.
 fremd-
 schen,
 bereits
 halb ist
 worden.
 m Um-
 schule
 fangen
 nur ist
 ebenen
 mit der
 und
 die erite
 die
 bundell
 er vier
 und bei
 die maß-
 die
 Bürger-
 asstend,
 begrüße,
 an an-
 an bezug
 re, des
 eben.
 schule
 gemeinen
 fähbar
 an der
 Schul-
 diesen
 rungen.
 ller
 tätigen
 fünf Jahre
 worauf
 behten
 der Zeit-
 rechnung
 Er
 unter
 die un-
 übrigen
 len wie
 ommen,
 belten
 tattung
 würden.
 klärung
 ehenden
 ast und
 laugen,
 müßten,
 führung
 m Ver-
 schule.
 egenheit
 ist seien
 is; auf
 er, ja
 haben.
 der Er-
 schlüsse
 es seien
 gemacht
 ng der
 e betei-
 alshul-
 darauf,
 hier für
 machte,
 are an
 e hel
 die Aus-
 abenen
 Kaufs-
 am die
 die
 dieses
 rektors
 drei

Deutscher demokratischer Verein für Aue und Umgegend :: ::

Freitag, den 7. März 1919, abends 8 Uhr
im Saale des Hotels Blauer Engel, Aue
Vortrag des Herrn Paul E. Fuhrmann über:
„Die politische Lage“.

(Herr Fuhrmann spricht als Augenzeuge unter anderem über die Sprengung des bayrischen Landtages und die Ereignisse in München.)

Alle Mitglieder des Vereins, Mitglieder des Demokratischen Frauenvereins, sowie Freunde und Gönner unserer Partei werden herzlich eingeladen.

Freitag, den 7. März 1919, abends 7 1/2 Uhr
im Saalzimmer des Hotels Blauer Engel, Aue
Mitglieder = Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Schriftführers.
 2. Wahl d. Delegierten für die Del.-Vers. am 9. 3. 19 in Zwickau.
- Die Mitglieder werden gebeten, hierzu pünktlich zu erscheinen

F. C. „Mannia“, Aue.
Sonnabend, d. 8. März, abends 7 Uhr,
im Vereinsheim „Kaffee Georg“
Monats-Versammlung.
Infolge nicht. Tagesordg. wird das Erscheinen aller Mitgl. erwartet. Der Vorsitzende.

Theater im Schützenhaus.

Freitag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch 2. und letztes Gastspiel der
Wiener Operetten-Tournee

Das Prachtmädel

Reizendes Lustspiel in 3 Aufzügen von Hans Surtan.
Mit Musik.

Neu! Großer Schlager! Neu!
Preise der Plätze im Vorverkauf bei Herren Müller und Lorenz: Sperrpl. 2.50, 1. Pl. 2.00, 2. Pl. 1.50 M., am der Abendkasse: Sperrpl. 3.00, 1. Pl. 2.50, 2. Pl. 2.00 und 3. Pl. oder Gallerie 1 M.

Vorzügliche Ausführung Schnellste Lieferung

Drucksachen

Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue, Ernst-Papst-Str. Nr. 19.

Freiwillige!

Das freiwillige Grenzer-Bataillon Nr. 1 benötigt noch drei Motorradfahrer, die im Besitze vollgültiger Führerscheine sein müssen.

Werbung unter Vorlage sämtlicher Militärpapiere täglich von 8.30 vorm. bis 12 Uhr mittags auf dem Bataillons-Geschäftszimmer in Aue, Hotel Kaufmann, Abt. III.

Freiwilliges Grenzer-Bataillon Nr. 1.

Guterhaltenes Piano
zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter N. Z. 1700 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junges, kinderlos. Ehepaar
sucht ab 1. April oder später Stube, Küche, Kammer. Angebote unter N. Z. 1707 an das Auer Tagesblatt erbet.

3- oder 4-Zimmer-Wohnung für sofort oder 1. April gesucht. Angebote unter N. Z. 1708 an die Geschäftsst. des Blattes.



Aus-schneiden
und aufheben!
Reklame

Bestklassige
Entwürfe,
Zeichnungen,
Plakate,
Schilder
für jeden Zweck.

Willy Hümer
Dresden A. 1.
Ammonstrasse 42

Kopfhärwässer
in großer Auswahl
empfehle preiswert
Stern & Gauger
Zelte- u. Perückenfabrik, Aue
Wettersch. 43 am Büttelplatz
Berechnige amtliche
Haarschnittaufnahme.

Gastwirte!
Korb- u. Lampen
und
Korb- u. Lampen
empfehle
Hübte, Wettinerstr. 20.

„Bürgergarten“ Aue.
Sonnabend, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr
Gastspiel-Vereinigung akadem. Bühnenkünstler u. Musiker.
Leitung: Kapellmeister Hans Stadler, Leipzig.

„Glaube und Heimat.“
Die Tragödie eines Volkes in 3 Aufzügen von Karl Schönherr.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Professor A. D. Winda.
Ausgeführt von 16 Angehörigen erster deutscher Bühnen.
Karten für Mk. 3.—, 2.—, 1.— im Vorverkauf bei Otto Lorenz,
Zigarrengeschäft, Mk. 2.50, 1.50, 0.75 für Schüler, Vereine und
sonstige Körperschaften bei geschlossener Entnahme von mindestens
25 Karten, Mk. 3.50, 2.30, 1.20 an der Abendkasse.
— Saal gut geheizt. —

+ Gummiwaren
Epilapparate, Frauentropfen
sonstige **Frauen-Artikel.**
Anfragen erb. Dtsch. Versand.
W. Seufinger, Dresden
103, am See 37.

Geld erhalten. Heute
jed. Standes b. 10 000
Mk. (Rückzahlung gestell-
ter) voll sofort durch Dtsch. L.
Aue, Ernst-Papst-Str. 33 I.

Aufwartung
für Freitags od. Sonnabends
vorm., mögl. auch 3. Wäsche-
waschen, gelocht. Fr. Kühn-
hold, Schneebergerstr. 18, II.
Kräftiges Mädchen,
welches Eltern die Schute
verläßt, als **Aufwartung**
geht **Schmidt, Papststr. 31.**

**Geübte Dreher,
Horizontalbohrer,
selbst-
ständige Modelltischler**
werden sofort eingestellt

**Zwickauer Maschinenfabrik A.-G.,
Niederschlema.**

Es gelang mir
nochmals etwa 45 Stück

Perser-Teppiche

sowie persische Tisch- und Diwandecken einzukaufen. Alle Stücke
von bester Qualität und hervorragender Schönheit. Die große Knappheit
in Orient-Teppichen, die noch viele Jahre anhalten wird, machen dieses
Angebot zu einem letzten sehr günstigen. — Preise rein netto!

Ferner traf größere Posten gute
Stoff- Tisch- u. Diwandecken
:: sowie Möbelbezugstoffe ::
in Moquetteplisch und Gobelinstoffen ein.

Friedrich Meyer
Zwickau — Bad Elster
Fernruf 182, 382.

Geschäftszeit
von 8—6
Uhr.

**Kaufe
Kunstseiden-Abfälle
und Kunstseidengarne**
zu hohen Preisen. Um be-
wehrt. Angebot wird gebeten.
W. Fuhs, Zwickau
Reichenbacherstr. 50,
Fernsprecher 302.

Cutaway
m. gestreifter Hose, für schmale
Person, 1,75 lang, zu kaufen
gesucht. In geb. unt. A. T. 1718
an das Auer Tagesbl. erbeten.

**Milit.-Mantel
oder -Hose,**
gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote unter A. T. 1713 an
das Auer Tagesblatt erbeten.

**Besserer Herrenanzug und
ein paar eleg. Stiefelchen**
sowie ein paar ein **Militär-
mantel** preiswert zu verkaufen.
An erfrag. im Auer Tagesblatt.

**Ein Paar weiße
Leder-Halbschuhe**
zu verkaufen.
An erfrag. im Auer Tagesblatt.

Preisw. Laute
(Liebesware) zu verk.
Ernst-Papst-Str. 22, p. r.

Kinderkutsche
billig zu verkaufen.
Wittelsstraße 30.

Anhängel
(u. Ohrlinge — teures And.)
zu verkaufen. Gegen gute Be-
lohn. abzugeben bei Hochmann,
Königs-Fischer-Str. 9, p. l.

Achtung!
Volle von nächster Woche ab
**jeden Dienstag u. Freitag in Schwarzenberg
und Mittwoch und Sonnabend in Aue ::**
mit allen Sämereien selbst und bitte alle wertigen Garten-
besitzer um gütigen Besuch. Hochachtungsvoll
Otto Winter, Samenhandlg., Hartenstein.

Achtung! Achtung!
Veränderungshalber bin ich gesonnen, meine
Ausstellung zu verkaufen.
Näh. im Bahnhofs-Restaur. Ober-Crottendorf i. Erzgeb.

Gebr. Möbel
:: aller Art ::
kauft zu guten Preisen
Schmidt, Wein-Laden.

Möbl. Zimmer
a. m. Schlafst. 3. 15. u.
ab. 1. 4. von Herrn zu
mieten gesucht; evtl. m.
lang. Verf. d. Angeb. u.
N. Z. 1702 an die Ge-
schäftsstelle des Bl. erbeten.

Ein möbl. Zimmer
oder Schlafstelle mit Kochge-
legenheit sofort zu mieten ge-
sucht. Angeb. m. Preis unt.
N. Z. 1705 an d. Auer Tagesbl.

Schlafstelle
sofort zu vermieten.
An erfrag. im Auer Tagesblatt.

Tüchtiger, erfahrener
Eisenhobler
für andauernde Beschäftigung
sofort gesucht. — Schriftliche
Werbung mit Zeugnisabschr.
und sonstigen Angaben an

**Zschopauer Maschinenfabrik,
J. S. Rasnussen, Zschopau i. Erzgeb.**

Tüchtigen, guteingeführten Vertreter
für Aue und Umgegend für
**Imprägnierte u. gestreckte
Zellstoff-Treibriemen ::**
gesucht.
Bewerbungen unter N. Z. 1716 an die Geschäftsst. erbeten.

100 Frauen und Mädchen
die im Anfertigen von Haarnetzen erfahren sind,
werden für sofort als Heimarbeitern gesucht. Angeb.
m. Lohnantr. unter N. Z. 1156 an Rudolf Wasse,
Altenburg, S.-A.

Schwarzblech-Abfälle
in 1/4, 1 und 1 1/2 mm Stärke,
zu kaufen gesucht.
Metalldanzwerk G.m.b.H.
in Schwarzenberg, Sa.

Fabrik,
ca. 600 Quadratmeter Räume, aber vergrößerungsfähig mit
elektrischer Kraftanlage, möglichst mit Wohnhaus zu pachten
oder kaufen gesucht, auch in einer kleineren Stadt der Wsch-
bearbeitungsindustrie. Angebote unter N. Z. 1701 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen.
Allen lieben Verwandten und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß gestern, am 5. März nach 4 Uhr, mein unvergesslicher
Mann, unser herzerguter Vater, der **Bäckermeister**

Eduard Paul Ungethüm
im Alter von 37 Jahren plötzlich und unerwartet verschieden ist.
Er kehrte am 9. Februar, den Todeskelm in sich tragend,
nach 4 1/2-jährigen, schweren Kämpfen heim. Kurz war die Freude
des Wiedersehens, umso härter trifft uns der schwere Schlag.

Die trauernde Witwe **Paula Ungethüm geb. Rehm**
nebst Töchternchen Hannchen,
die trauernden Eltern, Schwiegereltern, Geschwister und
alle Verwandten.

Aue und Oelsnitz i. Vgl., den 6. März 1919.
Die Beerdigung unseres teuren Entschlafenen findet am
8. März mittags 1/11 Uhr vom Trauerhause, Mozartstr. 6, aus statt.